



Konjunktur aktuell

2/2019

13. Juni 2019, 7. Jahrgang

Arbeitskreis Konjunktur des IWH **S. 22**

Schwache Auslandsnachfrage – Abschwung in Deutschland

Im Sommer 2019 deutet vieles auf eine Schwächung des Welthandels und der internationalen Konjunktur hin. Davon ist besonders die international stark vernetzte deutsche Industrie betroffen. Gestützt wird die deutsche Konjunktur aber von der robusten Binnennachfrage. Die Produktion dürfte nach vorliegender Prognose im Jahr 2019 nur um 0,5% im Vergleich zum Vorjahr zunehmen, die ostdeutsche Wirtschaft expandiert um 0,8%.

Konjunktur aktuell: Schwache Auslandsnachfrage – Abschwung in Deutschland

Arbeitskreis Konjunktur des IWH*

Zusammenfassung

Im Sommer 2019 deutet vieles darauf hin, dass die neuerliche Verschärfung der amerikanischen Handelspolitik den Welthandel und die internationale Konjunktur schwächt. Auf chinesische Waren sollen neue Zölle erhoben werden, und der weltwirtschaftlich stark verflochtene IT-Sektor wird durch die Genehmigungspflicht von Geschäften mit wichtigen chinesischen Anbietern der Telekommunikationstechnik belastet. Konjunktursorgen haben die Preise für wichtige Industriemetalle sowie für Erdöl sinken lassen. Mittlerweile erwarten die Finanzmärkte, dass die US-Notenbank ihren Leitzins im Herbst senken wird. Trotzdem dürfte der US-Aufschwung im Sommerhalbjahr zu Ende gehen, und für die Produktion im Euroraum ist für diesen Zeitraum mit einer Expansion unterhalb der Potenzialrate von knapp 1½% zu rechnen.

Von der Schwäche des Welthandels ist die international stark vernetzte deutsche Industrie besonders betroffen. Der deutliche Rückgang der Industrieproduktion im April lässt erkennen, dass die Belebung vom Jahresanfang vor allem auf temporäre Faktoren zurückging und die Grundtendenz der Konjunktur weiterhin schwach ist. Was die deutsche Konjunktur in diesem und wohl auch im nächsten Jahr stützen wird, ist die nach wie vor robuste Binnennachfrage. So bleibt der Zuwachs des privaten Konsums kräftig, denn die Einkommensentwicklung ist weiter positiv. Dazu trägt auch bei, dass von der Finanzpolitik in diesem Jahr ein expansiver Impuls im Umfang von 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt ausgeht.

Deutliche Lohnsteigerungen bei anhaltendem Beschäftigungsaufbau lassen die Lohnstückkosten stark steigen. Hohe Preissteigerungen bleiben aber auf die Bauwirtschaft beschränkt. Alles in allem liegt die Produktion nach vorliegender Prognose im Jahr 2019 um 0,5% höher als im Vorjahr, im Jahr 2020 steigt die Rate auch wegen der höheren Zahl an Arbeitstagen auf 1,8%. Die ostdeutsche Wirtschaft expandiert in diesem Jahr um 0,8% und im Jahr 2020 um 1,7%.

Tabelle

Gesamtwirtschaftliche Eckdaten der Prognose des IWH für Deutschland in den Jahren 2017 bis 2020

	2017	2018	2019	2020
Veränderung des preisbereinigten BIP gegenüber dem Vorjahr in %				
Deutschland	2,2	1,4	0,5	1,8
darunter: Ostdeutschland ^a	2,1	1,6	0,8	1,7
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %				
Arbeitsvolumen	1,3	1,4	0,7	0,8
Tarifföhne je Stunde	2,5	2,9	2,8	2,4
Effektivlöhne je Stunde	2,4	2,8	3,2	2,9
Lohnstückkosten ^b	1,5	2,6	3,6	1,9
Verbraucherpreisindex	1,5	1,8	1,6	1,7
in 1 000 Personen				
Erwerbstätige (Inland)	44 269	44 841	45 264	45 593
Arbeitslose ^c	2 533	2 340	2 284	2 270
in %				
Arbeitslosenquote ^d	5,7	5,2	5,0	5,0
darunter: Ostdeutschland ^a	7,6	6,9	6,5	6,3
% in Relation zum nominalen Bruttoinlandsprodukt				
Finanzierungssaldo des Staates	1,0	1,7	1,3	1,1
Leistungsbilanzsaldo	8,0	7,3	6,9	6,8

^a Ostdeutschland einschließlich Berlin. – ^b Berechnungen des IWH auf Stundenbasis. – ^c Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit (BA). – ^d Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit).

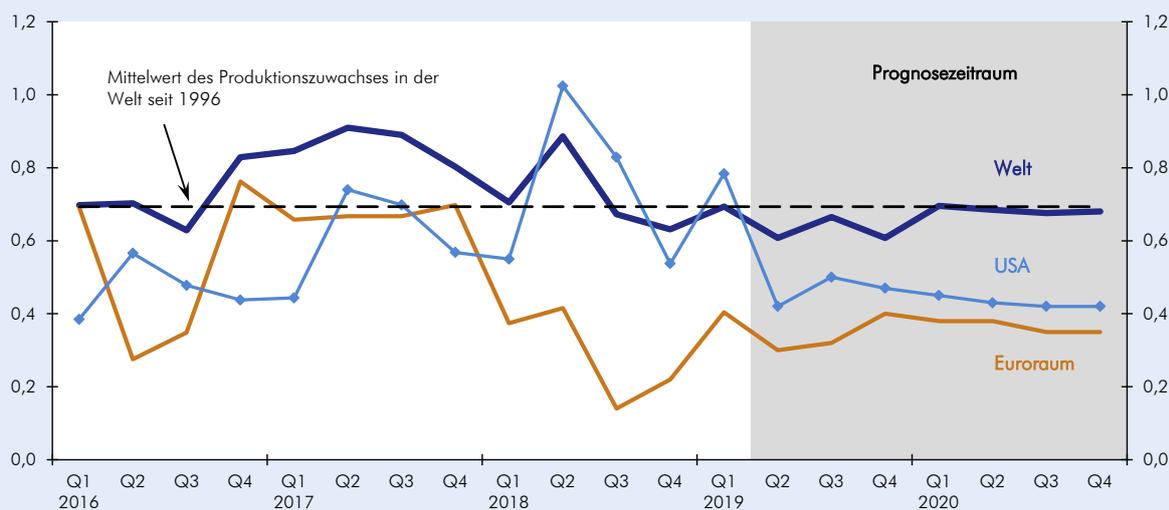
Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2019: Prognose des IWH (Stand: 13.06.2019).

* Brautzsch, Hans-Ulrich; Claudio, João Carlos; Drygalla, Andrej; Exß, Franziska; Heinisch, Katja; Holtemöller, Oliver; Kämpfe, Martina; Lindner, Axel; Müller, Isabella; Schultz, Birgit; Staffa, Ruben; Wieschemeyer, Matthias; Zeddies, Götz.

Internationale Konjunktur im Schatten der Handelskonflikte

Im Sommer 2019 deutet vieles darauf hin, dass die neuerliche Verschärfung der amerikanischen Handelspolitik die internationale Konjunktur schwächt. Dabei wurde noch Anfang des Jahres die Produktion in vielen fortgeschrittenen Volkswirtschaften deutlich stärker ausgeweitet, als vielfach erwartet worden war (vgl. Abbildung 1). Zudem hat der Warenhandel Chinas mit dem Ausland preis- und saisonbereinigt in den ersten drei Monaten des Jahres wieder leicht zugenommen, nachdem er Ende 2018 deutlich geschrumpft war.

Abbildung 1
Bruttoinlandsprodukt der Welt, der USA und des Euroraums
Vierteljährliche Zuwachsraten in %



Quellen: OECD; IMF; Eurostat; nationale Statistikämter; 2019 und 2020: Schätzung und Prognose des IWH.

Allerdings ist es im Mai nicht zu der allgemein erhofften Einigung im Handelsstreit zwischen den USA und China gekommen, sondern zu einer überraschenden US-Zollerhöhung auf chinesische Waren, welche Anfang Juni wirksam geworden ist, sowie zu Vergeltungszöllen vonseiten Chinas. Für chinesische Waren im Wert von 200 Mrd. US-Dollar (über $\frac{1}{3}$ aller Warenimporte aus China) ist der Zollsatz der USA von 10% auf 25% erhöht worden. Die durchschnittliche Zollbelastung von US-Importen aus China ist von 3% im Jahr 2017 auf 18% gestiegen.¹ Zusätzlich belastet die Genehmigungspflicht von Geschäften mit wichtigen chinesischen Anbietern von Telekommunikationstechnik. Der Informations- und Telekommunikationsbereich schwächelt gegenwärtig ohnehin und dürfte einen erheblichen Anteil an der Flaute von Verarbeitendem Gewerbe und Welthandel haben. Der Gesamtumsatz der Halbleiterproduzenten, ein wichtiger Indikator für den Wirtschaftszweig, der auch mit dem Welthandel insgesamt hoch korreliert ist, zeigt für den IT-Sektor nach zwei Jahren starker Expansion seit Herbst 2018 einen jähen Abschwung an (vgl. Abbildung 2). Dies ist wohl auch ein Hauptgrund für die Schwäche des chinesischen Außenhandels, denn China spielt als Standort für globale Wertschöpfungsketten des IT-Sektors eine zentrale Rolle. Zudem hat China vor allem aus Japan und Korea weniger Waren importiert, also aus Ländern, die ebenfalls wichtige Produktionsstandorte für den IT-Sektor sind.² Anzeichen für eine Stabilisierung des Wirtschaftszweigs werden durch die Verschärfung des Handelsstreits wieder infrage gestellt.

Seit den jüngsten Zollerhöhungen sind die von den Finanzmarktteilnehmern wahrgenommenen Risiken gemessen an den impliziten Volatilitäten wichtiger Aktienindizes erhöht. Die Unruhe hat sich Ende Mai noch einmal verstärkt, als die US-Regierung für die nächste Zeit sukzessive Anhebungen von Zöllen auf Importe aus Mexiko ankündigte, um auf diese Weise Maßnahmen des Nachbarlands zur Eindämmung der Migration

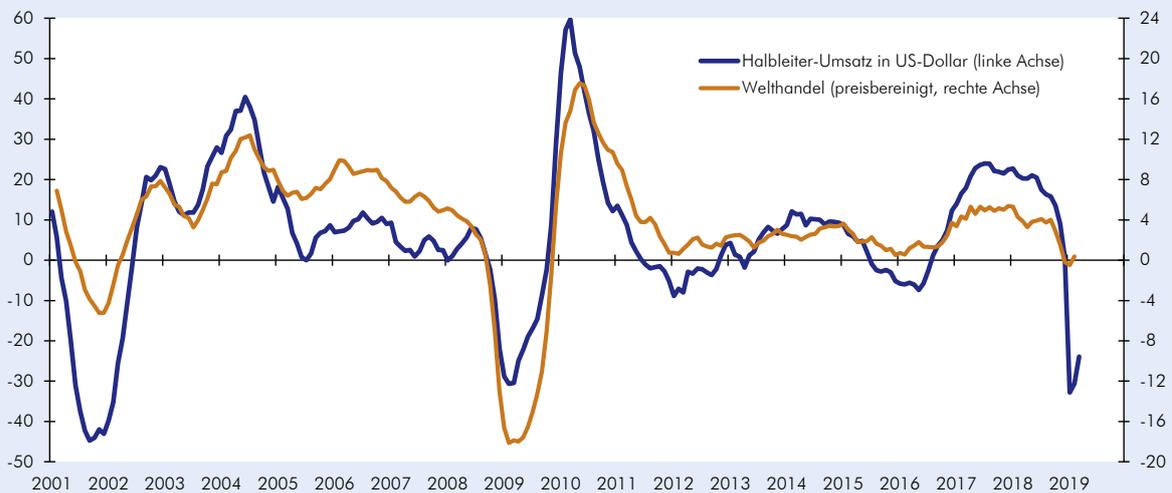
¹ Vgl. Peterson-Institut (2019): [Trump's 2019 Protection Could Push China Back to Smoot-Hawley Tariff Levels](#) sowie Bown, Ch. P (2019): [The 2018 US-China Trade Conflict After 40 Years of Special Protection](#), PIIE Working Paper 19-7, Washington: Peterson Institute for International Economics.

² Vgl. hierzu European Central Bank (2019), [Economic Bulletin 3/2019](#), 23-24.

in die USA zu erzwingen. Konjunktursorgen haben im Mai und Anfang Juni die Preise für wichtige Industriemetalle sinken lassen. Der Ölpreis ist Ende Mai und Anfang Juni von etwa 70 auf wenig über 60 US-Dollar (Brent) gefallen, obwohl die Risiken einer Verknappung des Ölangebots der wichtigen Produzentenländer Iran, Libyen und Venezuela gestiegen sind.

Abbildung 2**Welthandel und Halbleiterumsatz**

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat in %



Quellen: Semiconductor Industry Association; CPB.

Nicht nur die gesunkenen Rohstoffpreise sprechen dafür, dass die Inflationsdynamik in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften niedrig bleibt. Auch vonseiten der Löhne hat sich der Kostendruck zuletzt kaum weiter erhöht. Obwohl die Beschäftigung in den USA und auch im Euroraum noch bis ins erste Quartal 2019 hinein kaum vermindert expandierte, hat sich die Beschleunigung der Lohnzuwächse, wie sie seit dem Jahr 2017 in beiden Wirtschaftsräumen zu beobachten war, im abgelaufenen Winterhalbjahr nicht weiter fortgesetzt. Wohl auch deshalb ist in den USA die Kerninflationsrate zuletzt sogar leicht gesunken. Dieser Befund sowie die Aussicht, dass der US-Aufschwung mit dem Nachlassen der finanzpolitischen Impulse und einer Verschlechterung des weltwirtschaftlichen Umfeldes demnächst auslaufen wird, lässt die Finanzmärkte erwarten, dass die US-Notenbank den Leitzins im Herbst senken wird. Von der Europäischen Zentralbank (EZB) wird für dieses und das kommende Jahr keine Veränderung des Hauptrefinanzierungssatzes erwartet. Vielmehr bedeutet die im Frühjahr angekündigte Neuauflage längerfristiger Finanzierungsgeschäfte, dass sie ihren expansiven Kurs beibehält. Aufgrund der geldpolitischen Kurskorrekturen und der konjunkturellen Eintrübung sind die Kapitalmarktzinsen seit Jahresbeginn recht deutlich gefallen, für zehnjährige US-Titel sowie für deutsche Staatsanleihen um über 40 Basispunkte. Die Finanzierungskosten für Investitionsprojekte sind in den fortgeschrittenen Volkswirtschaften weiter niedrig. Für die meisten Schwellenländer haben sich die Kosten der Kapitalaufnahme aus dem Ausland seit Jahresbeginn wenig verändert, deutlich gestiegen sind allerdings im Frühjahr die Renditen für türkische und argentinische Staatstitel, zudem haben türkische Lira und argentinischer Peso auf den Devisenmärkten an Wert verloren. Nach wie vor sehen die Finanzmärkte die makroökonomische Stabilität beider Länder als gefährdet an. Die Abwertungen des chinesischen Renminbi und des britischen Pfunds gegenüber dem US-Dollar im Mai sind mit der Zuspitzung des Handelsstreits und mit gestiegenen Brexit-Risiken zu erklären.

Sowohl in Großbritannien als auch in China versucht die Wirtschaftspolitik in diesem Jahr, mit fiskalischen Maßnahmen die restriktiven Effekte der hohen Unsicherheit zu dämpfen. In beiden Fällen wird dafür eine Mischung aus Ausgabenerhöhungen und, für China in diesem Umfang ein Novum, aus Steuersenkungen eingesetzt. In den USA ist die Finanzpolitik im Jahr 2019 noch einmal expansiv ausgerichtet, die Impulse von Steuerreform und Ausgabenerhöhungen laufen aber nach und nach aus. Spürbar expansiv ist die Finanzpolitik im Euroraum, und zwar in allen vier großen Mitgliedsstaaten Deutschland, Frankreich, Italien und

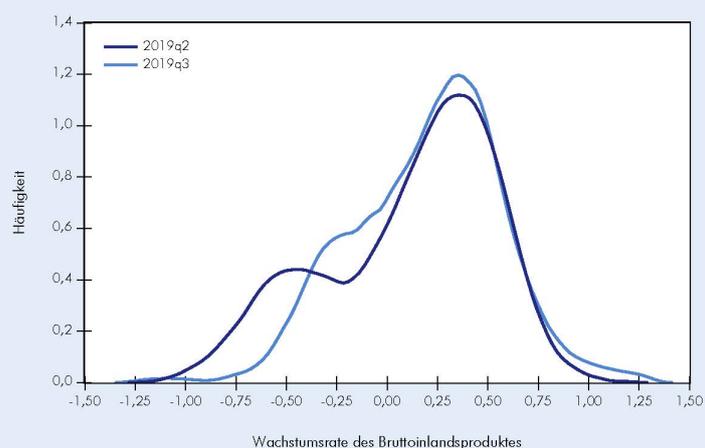
Spanien. Nur die französische Regierung plant, im Jahr 2020 auf einen Konsolidierungskurs umzuschwenken. Die japanische Regierung hat vor, im Oktober 2019 die Mehrwertsteuer um zwei Prozentpunkte zu erhöhen. Dieser kräftige restriktive Impuls soll mit Steuerbefreiungen und sozialpolitischen Maßnahmen abgedeckt werden.

Geld- und Finanzpolitik sind also weltweit darum bemüht, die Konjunktur zu stützen. Auf der anderen Seite hat die Politik aber den weltwirtschaftlichen Ordnungsrahmen jüngst so weit beschädigt, dass die dadurch ausgelöste Verunsicherung von Unternehmen und Haushalten die wirtschaftliche Aktivität deutlich stärker dämpfen dürfte, als sie von den prozesspolitischen Maßnahmen gestützt wird. Auch deshalb dürfte im Sommerhalbjahr der Aufschwung in den USA zu Ende gehen, und für die Produktion im Euroraum ist für diesen Zeitraum mit einer Expansion unterhalb der Potenzialrate von knapp 1½% zu rechnen. Die Wachstumsdynamik in China dürfte sich weiter verlangsamen. Die niedrigeren Rohstoffpreise werden die Aktivität in rohstoffexportierenden Schwellenländern wie Russland und Brasilien dämpfen. Alles in allem dürfte die Weltproduktion im Jahr 2019 um 2,7% und damit etwas niedriger als im langjährigen Schnitt expandieren (vgl. Tabelle A1).³ Für 2020 beinhaltet die Prognose eine Expansion um 2,8%. Sie ist unter den Annahmen abgeleitet, dass es die US-Regierung bei den im Mai beschlossenen Zollerhöhungen bewenden lässt, und dass es zu keinem Brexit ohne begleitenden Austrittsvertrag kommt. Auch wird unterstellt, dass sich die Probleme um den italienischen Staatshaushalt nicht krisenhaft zuspitzen.

Deutsche Industrie vorerst weiter im Abschwung

In Deutschland hat die Produktion im ersten Quartal 2019 mit 0,4% recht kräftig zugenommen. Besonders stark (um 1,2%) haben die privaten Haushalte ihre Nachfrage ausgeweitet. Die Bauinvestitionen nahmen, auch begünstigt durch milde Witterung, gar um 1,9% zu, und auch die Exporte expandierten deutlich (1%). Allerdings deutet der Rückgang der Industrieproduktion im April darauf hin, dass die Grundtendenz der Konjunktur weiterhin schwach ist. Die Belebung vom Jahresanfang ging vor allem auf temporäre Faktoren zurück: Im zweiten Halbjahr 2018 hatte die Produktion lediglich stagniert, auch weil Niedrigwasser Gütertransporte auf dem Rhein und damit insbesondere die westdeutsche Chemieindustrie hemmte. Zudem war die Automobilindustrie wegen fehlender Zertifizierungen nach dem neuen Emissionsstandard WLTP zur Produktion auf Lager und auch zu Produktionseinschränkungen gezwungen. Dass viele Kraftfahrzeugmodelle zu Beginn des Jahres wieder lieferbar waren, erklärt zum Teil den kräftigen Anstieg der privaten Konsumausgaben. Allerdings liegt die Produktion sowohl im Kraftfahrzeugbau als auch in der Chemieindustrie jeweils weiter deutlich unter ihrem in der ersten Jahreshälfte 2018 erreichten Niveau. Eine Wende ist für die nächste Zeit nicht in Sicht: Die Auftragseingänge für das Verarbeitende Gewerbe sind im Trend (trotz eines leichten Anstiegs im Mai) rückläufig, zuletzt auch aus dem Inland. Von der Schwäche des Welthandels ist die international stark verflochtene deutsche Industrie eben besonders betroffen. Das sehen auch die Unternehmen so: Seit

Abbildung 3
Einzelindikatorprognosen für das Sommerhalbjahr 2019
Verteilung nach Wachstumsraten



Quellen: Statistisches Bundesamt; IWH-Flash-Indikator vom 21.05.2019.

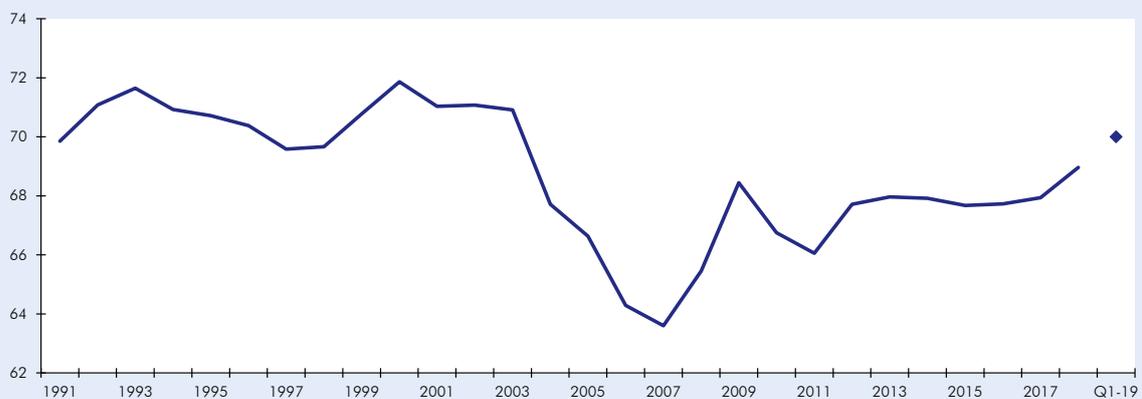
³ Die Rate bezieht sich auf den auch von der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose betrachteten Länderkreis, wobei die Zuwachsraten mit dem nominalen BIP des Jahres 2017 auf der Basis von Marktwechsellkursen gewichtet wurden.

Sommer 2018 sinkt der ifo Geschäftsklimaindex. Er ist mittlerweile deutlich niedriger als im Mittel seit dem Jahr 2005.⁴ Der IWH-Flash-Indikator, der die Information aus einer Fülle von Einzelindikatoren für die nahe Zukunft aggregiert, deutet auf wenig mehr als Stagnation im Sommerhalbjahr 2019 hin (vgl. Abbildung 3).

Was die deutsche Konjunktur in diesem und wohl auch im nächsten Jahr stützen wird, ist die nach wie vor robuste Binnennachfrage. Vor allem bleibt der Zuwachs des privaten Konsums kräftig, denn die Einkommensentwicklung ist weiter positiv. So haben die Effektivlöhne je Arbeitnehmer im ersten Quartal 2019 nach einer Verschnaufpause am Ende des Jahres 2018 wieder kräftig um 0,9% zugelegt, und die Beschäftigung expandiert weiter deutlich, im ersten Quartal um 0,3%. Der vor allem für sozialversicherungspflichtige Arbeitsstellen kräftige Beschäftigungsaufbau hat sogar im absatzschwachen Verarbeitenden Gewerbe angehalten. Hier ist die Arbeitsproduktivität deutlich rückläufig, ebenso wie im Grundstücks- und Wohnungswesen sowie im Bereich Öffentliche Dienstleister, Erziehung und Gesundheit. Aber auch gesamtwirtschaftlich ist sie nun schon drei Quartale über gesunken. Dies hat zusammen mit den deutlichen Lohnsteigerungen dazu geführt, dass die Lohnstückkosten im ersten Quartal 2019 um knapp 4% höher liegen als ein Jahr zuvor.

Abbildung 4
Lohnquote

Arbeitnehmerentgelt in % des Volkseinkommens



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Die Lohnquote dürfte dieses Jahr auf 70% steigen und damit etwa so hoch sein wie zuletzt um das Jahr 2000 (vgl. Abbildung 4). Der starke Anstieg der Lohnstückkosten dämpft die Arbeitsnachfrage. Darauf deuten auch Frühindikatoren für den Arbeitsmarkt hin: Zwar stagniert der Bestand an offenen Stellen noch auf hohem Niveau, das ifo Beschäftigungsbarometer geht aber seit vergangener Herbst recht deutlich zurück. Im Mai ist auch die saisonbereinigte Arbeitslosenquote seit langer Zeit wieder etwas (von 4,9 auf 5%) gestiegen, was allerdings zum Teil auch auf veränderte Erfassungsmethoden zurückzuführen ist.⁵

Unvermindert dürfte der Stellenaufbau im öffentlichen Sektor anhalten. Überhaupt ist die Finanzpolitik in diesem Jahr deutlich expansiv ausgerichtet. Die Impulse aus sozialpolitischen und investiven Maßnahmen addieren sich zu etwa 25 Mrd. Euro oder 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Kasten 1).

Die Geldpolitik trägt dazu bei, dass die Finanzierungsbedingungen für Unternehmen und Haushalte weiter sehr günstig bleiben. Die niedrigen Zinsen heizen vor allem die Bauinvestitionen an, denn diese sind wegen ihrer langen Amortisationsdauer besonders zinsreagibel. Der Bauboom schlägt sich in hohen Expansionsraten sowohl des Volumens als auch der Preise nieder: Im ersten Quartal 2019 lagen die Bauinvestitionen preisbereinigt um 4,7% und nominal um über 10% höher als ein Jahr zuvor. Deutlich geringer ist die Dynamik

⁴ Für den im vergangenen Jahr erneuerten ifo Geschäftsklimaindex, welcher auch Dienstleistungsunternehmen mit berücksichtigt, liegen Daten ab dem Jahr 2005 vor.

⁵ Seit April 2019 wird der Arbeitsvermittlungsstatus von Arbeitslosengeld II-Berechtigten regelmäßig überprüft und aktualisiert. Infolge dieser Überprüfung hat sich die Arbeitslosigkeit von April auf Mai 2019 um schätzungsweise 30 000 bis 40 000 Personen erhöht. Vgl. Statistik der Bundesagentur für Arbeit: Berichte: Blickpunkt Arbeitsmarkt-Monatsbericht zum Arbeits- und Ausbildungsmarkt, Nürnberg, Mai 2019, 11.

bei den Ausrüstungsinvestitionen.⁶ Die zuletzt gesunkenen Umsätze und Auftragseingänge für Investitionsgüter aus dem Inland deuten auf eine nur moderate Expansion im Jahr 2019 hin. Die Importe dürften in etwa so kräftig wie im langjährigen Durchschnitt expandieren.

Kasten 1

Annahmen und Prognosen bezüglich der Rahmenbedingungen

Der vorliegenden Prognose liegen folgende Annahmen und Projektionen zugrunde: Der Preis für Öl der Sorte Brent liegt im Durchschnitt des Jahres 2019 bei 64 und im Jahr 2020 bei 66 US-Dollar pro Barrel.^{K1} Der Wechselkurs des Euro gegenüber dem US-Dollar liegt bis Ende des Jahres 2020 bei 1,12 Dollar pro Euro. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft ist aufgrund der leichten Abwertung des Euro seit dem Herbst 2018 etwas höher als im Schnitt des Jahres 2018. Gegenüber dem übrigen Euroraum bleibt sie in etwa konstant. Der Welthandel mit Waren (CPB) nimmt im Jahr 2019 mit 0,9% und im Jahr 2020 mit 2,9% zu. Die EZB lässt ihre Leitzinsen im Prognosezeitraum unverändert. Die monetären Rahmenbedingungen bleiben für die deutsche Wirtschaft günstig.

Aufgrund der Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag ist die Finanzpolitik im Jahr 2019 deutlich expansiver ausgerichtet als noch im Jahr zuvor. Entlastend wirken vor allem die Erhöhung des Grund- und Kinderfreibetrags und die Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer.^{K2} Auf der staatlichen Ausgabeseite schlagen die deutliche Anhebung des Kindergeldes und Maßnahmen bei den Sozialversicherungen, etwa die Leistungsausweitungen bei der gesetzlichen Rentenversicherung und das Pflegepersonalstärkungsgesetz, zu Buche. Der finanzpolitische Impuls beläuft sich auf 25 Mrd. Euro bzw. 0,7% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.

Im kommenden Jahr schwächt sich der Expansionsgrad der Finanzpolitik wieder etwas ab und dürfte dann bei ungefähr 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt liegen (vgl. Tabelle A15). Der strukturelle Primärsaldo wird sich im Jahr 2019 – trotz der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik – aufgrund des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus und der weiter rückläufigen Zahl der Arbeitslosen kaum verändern. Im Jahr 2020 verringert sich der strukturelle Primärsaldo um 0,4% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt (vgl. Tabelle A3).

^{K1} Die Setzungen für den Ölpreis ergeben sich aus der Prognose seiner nachfrageseitigen Determinanten. Vgl. zur Methodik: Zur Endogenisierung des Ölpreises in der vorliegenden Prognose, Arbeitskreis Konjunktur des IWH, Robuste Binnenkonjunktur kompensiert schwächere Exportdynamik, in: IWH, Konjunktur aktuell, Jg. 3 (5), 2015, 188-189.

^{K2} Trotz der weiterhin kräftig expandierenden Bruttolöhne und -gehälter dürfte der kumulierte Beitragssatz zu den Sozialversicherungen im Prognosezeitraum konstant bleiben. Verantwortlich dafür sind Mehrausgaben im Zusammenhang mit diversen diskretionären Maßnahmen. Zwar wurde der Beitragssatz zur Arbeitslosenversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,5 Prozentpunkte gesenkt. Dagegen wurde der Beitragssatz zur Sozialen Pflegeversicherung zur Finanzierung der mit der ‚konzertierten Aktion Pflege‘ einhergehenden Mehrausgaben entsprechend angehoben. Der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung blieb aufgrund des Inkrafttretens des ‚Gesetzes über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung‘ konstant. Ohne die mit dem Gesetz beschlossenen Mehrausgaben wäre der Beitragssatz zur gesetzlichen Rentenversicherung zum 1. Januar 2019 um 0,3 Prozentpunkte gesenkt worden (vgl. hierzu den Entwurf eines Gesetzes über Leistungsverbesserungen und Stabilisierung in der gesetzlichen Rentenversicherung vom 28. August 2018).

Weil die Exporte aufgrund des schwierigen handelspolitischen Umfelds nur sehr schwach expandieren dürfen, ist für das Jahr 2019 mit einem deutlichen Rückgang des Außenbeitrags von 6,8% im Jahr 2018 auf 6,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt zu rechnen. Alles in allem steigt nach vorliegender Prognose das Bruttoinlandsprodukt in Deutschland im Jahr 2019 um 0,5% (vgl. Tabelle 1).

⁶ Preisbereinigt lagen die Ausrüstungsinvestitionen im ersten Quartal 2019 um 2,3% über ihrem Niveau von vor einem Jahr.

Tabelle 1**Beiträge der Verwendungskomponenten zur Veränderung des Bruttoinlandsprodukts^a**

in Prozentpunkten

	2017	2018	2019	2020
Konsumausgaben	1,2	0,8	1,2	1,3
private Konsumausgaben	0,9	0,6	0,9	0,9
Konsumausgaben des Staates	0,3	0,2	0,3	0,4
Bruttoanlageinvestitionen	0,6	0,5	0,6	0,5
Ausrüstungen	0,2	0,3	0,1	0,2
Bauten	0,3	0,2	0,4	0,3
sonstige Anlagen	0,1	0,0	0,0	0,1
Vorratsveränderung	0,1	0,5	-0,6	0,0
inländische Verwendung	1,9	1,8	1,2	1,8
Außenbeitrag	0,3	-0,4	-0,6	0,0
Exporte	2,1	0,9	1,1	2,4
Importe	-1,8	-1,3	-1,7	-2,4
Bruttoinlandsprodukt	2,2	1,4	0,5	1,8

^a Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

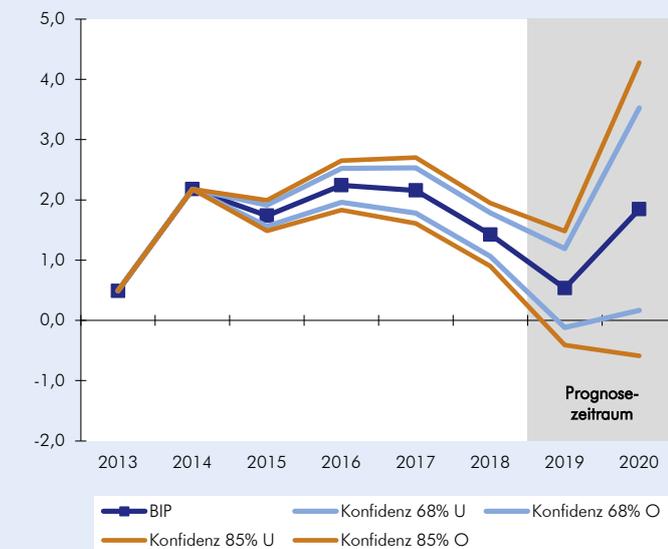
Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

Im Jahr 2020 dürfte der Zuwachs bei 1,8% liegen. Bereinigt um die Mehrzahl an Arbeitstagen, die kalenderbedingt 2020 anfallen, ergibt sich eine Rate von 1,5% (vgl. Tabelle A4). Für das Jahr 2019 reicht das 68%-Prognoseintervall für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes von -0,1% bis 1,2%, für das Jahr 2020 von 0,2% bis 2,5%. (vgl. Abbildung 5). Der Auslastungsgrad der deutschen Wirtschaft nimmt deutlich ab; die Produktionslücke dürfte im Jahr 2019 leicht negativ sein (vgl. Kasten 2). Die Preisdynamik ist weiterhin moderat und wird stark vom volatilen Ölpreis bestimmt.

Der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo wird sich, ausgehend von einem Haushaltsüberschuss von gut 57 Mrd. Euro im Jahr 2018, im laufenden Jahr auf 45 Mrd. Euro bzw. 1,3% in Relation zum Bruttoinlandsprodukt verringern. Ausschlaggebend hierfür ist insbesondere die expansiv ausgerichtete Finanzpolitik, in deren Folge die Ausgaben insbesondere für sozialpolitische und investive Maßnahmen deutlich ausgeweitet werden. Die konjunkturelle Abkühlung dämpft zwar die Einnahmen aus gewinnabhängigen Steuern; aufgrund der robusten Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt legen aber die Einnahmen aus der Lohn- und der Umsatzsteuer ebenso wie die Sozialbeiträge weiterhin dynamisch zu (vgl. Kasten 3). Im Jahr 2020 wird sich der gesamtstaatliche Haushaltsüberschuss nochmals verringern, allerdings weniger als im laufenden Jahr. Zwar werden die öffentlichen Ausgaben infolge diverser finanzpolitischer Maßnahmen aus dem Koalitionsvertrag unverändert kräftig expandieren, aber auch die Einnahmen des Staates dürften im Jahr 2020 mit der wieder anziehenden Konjunktur etwas beschleunigt zulegen. Alles in allem beläuft sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im kommenden Jahr auf 1,1%.

Abbildung 5**Prognoseunsicherheit¹**

Veränderung gegenüber Vorjahr in %



¹ Zur Berechnung werden die Prognosefehler der Vergangenheit herangezogen und Risikoszenarien ausgeblendet, d. h. die tatsächliche Prognoseunsicherheit unter Einbeziehung extremer Risiken ist höher als hier angegeben.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Darstellung des IWH.

Kasten 2

Zur Schätzung des Produktionspotenzials

Das IWH wendet zur Bestimmung des Produktionspotenzials die Methode an, die auch von der EU-Kommission im Rahmen der regelmäßigen Haushaltsüberwachung angewendet wird. Auf Basis der Schätzung des potenziellen Arbeitsvolumens, des Kapitalstocks und des trendmäßigen Verlaufs der Produktivität ergibt sich für den Zeitraum 2019 bis 2023 ein jahresdurchschnittlicher Zuwachs des Produktionspotenzials von knapp 1,4% (vgl. Tabelle K2).

Tabelle K2

Produktionspotenzial und seine Determinanten nach EU-Methode

Jahresdurchschnittliche Veränderung in Prozent^a

	1995-2018 ^b	1995-2018	2018-2023
Produktionspotenzial	1,4	1,4	1,4
Kapitalstock	1,6 (0,6)	1,6 (0,6)	1,3 (0,5)
Totale Faktorproduktivität	0,7 (0,7)	0,7 (0,7)	0,7 (0,7)
Arbeitsvolumen	0,2 (0,1)	0,2 (0,1)	0,3 (0,2)
Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter	0,0	0,0	-0,1
Partizipationsquote	0,6	0,5	0,5
Erwerbsquote	0,2	0,2	0,0
Durchschnittliche Arbeitszeit	-0,5	-0,5	-0,1
<i>Nachrichtlich:</i>			
Arbeitsproduktivität	1,2	1,2	1,0

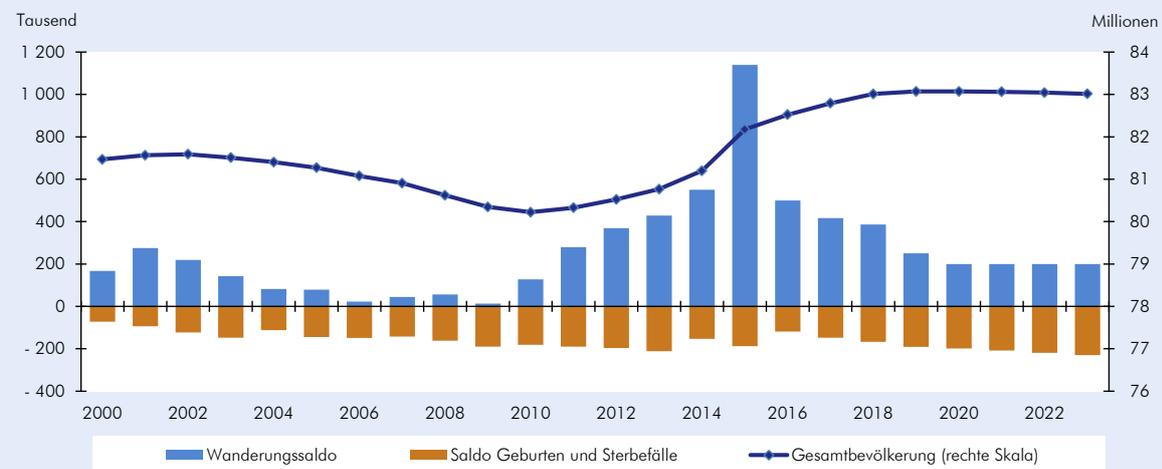
^a Differenzen in den aggregierten Werten ergeben sich durch Rundung. In Klammern: Wachstumsbeiträge. – ^b Tatsächliche Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und seiner Determinanten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Die jährliche Zuwachsrate des potenziellen Arbeitsvolumens wird im Laufe des Projektionszeitraums von 0,7% im Jahr 2019 auf -0,2% im Jahr 2023 spürbar zurückgehen. Dieser Schätzung liegen im Einzelnen folgende Projektionen zu Grunde: Die trendmäßige Partizipationsquote wird vor dem Hintergrund einer nach wie vor zunehmenden Erwerbsbeteiligung von Älteren und von Frauen sowie einer steigenden Erwerbsbeteiligung von Geflüchteten von 74,4% im Jahr 2018 auf 76,1% im Jahr 2023 ansteigen. Ausgehend von einer anhaltend guten Arbeitsmarktlage wird die strukturelle Erwerbslosenquote im Jahr 2023 mit 3,5% nur geringfügig höher liegen als im Jahr 2019 (3,3%). Unter der Annahme einer abgeschwächten Fluchtmigration und einer sich bis 2020 weiter abschwächenden sonstigen Zuwanderung wird von einer Verringerung des Wanderungssaldos von knapp 390 000 Personen im Jahr 2018 auf 200 000 Personen im Jahr 2020 ausgegangen.

Abbildung K2.1

Bevölkerungsentwicklung in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt; ab 2019 Prognose des IWH; Darstellung des IWH.

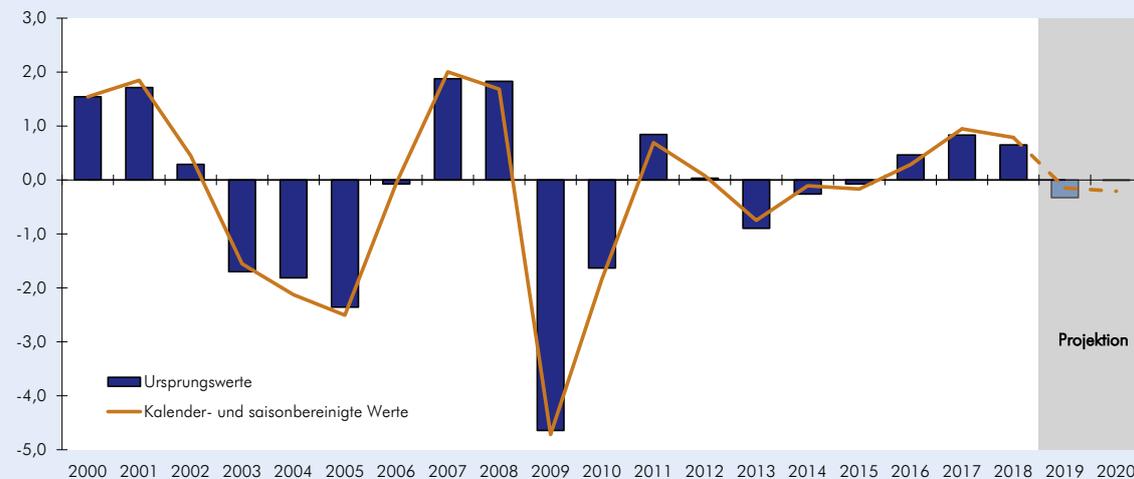
Für die Jahre 2021 bis 2023 wird ein jährlicher Saldo von 200 000 Personen angenommen. Trotz eines durchgängig positiven Wanderungssaldos wird sich aufgrund des allgemeinen demographischen Wandels damit ein Rückgang der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15-74 Jahre) um knapp 100 000 Personen auf 62,1 Mio. im Jahr 2023 einstellen. Mit dem im Jahr 2021 langsam einsetzenden Rückgang der Gesamtbevölkerung setzt sich ein demographischer Trend fort, der grundsätzlich schon im Jahr 2003 einsetzte, jedoch durch die in den Jahren 2011 bis 2018 außergewöhnlich hohe Nettozuwanderung vorübergehend unterbrochen war (vgl. Abbildung K2.1).

Der jahresdurchschnittliche Zuwachs der trendmäßigen totalen Faktorproduktivität wird im Projektionszeitraum 0,7% betragen. Der Kapitalstock dürfte um durchschnittlich 1,3% pro Jahr ausgeweitet werden.

Abbildung K2.2

Produktionslücke

In Relation zum Produktionspotenzial in %



Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Projektionen des IWH.

Auf Basis der Schätzung des Produktionspotenzials und der Prognose des Bruttoinlandproduktes ergibt sich für das Jahr 2019 eine Produktionslücke von $-0,3\%$. Im Folgejahr wird die Lücke dann geschlossen sein. Wird bei der Berechnung der Produktionslücke die um den Kalendertageeffekt bereinigte Prognose des Bruttoinlandsprodukts zugrunde gelegt, ergibt sich für die Jahre 2019 und 2020 eine Produktionslücke von jeweils $-0,2\%$ (vgl. Abbildung K2.2).

Die konjunkturellen Risiken sind erheblich. So kommt es nach der vorliegenden Prognose zu einer deutlichen Erholung der Produktion und insbesondere der Exporte in der zweiten Jahreshälfte 2019. Damit ist aber nur zu rechnen, falls die angedrohten weiteren Verschärfungen der Handelsbelastungen – durch neue Zölle oder nichttarifäre Maßnahmen – unterbleiben. Hinter dieser Annahme steht die Überlegung, dass weitere Verschärfungen mit hoher Wahrscheinlichkeit die Konjunktur gerade in den an den Streitigkeiten vor allem beteiligten Staaten treffen würde, und dass die dortigen politischen Entscheidungsträger ein solches Risiko letztlich scheuen werden. Ähnlich sieht es mit dem Risiko eines unregelmäßigen Brexit im Herbst aus, der vor allem die Konjunktur in Großbritannien und im Euroraum, und damit auch in Deutschland, schwer belasten würde.⁷

⁷ Vgl. Brautzsch, H.-U.; Holtemöller, O. (2019): Potential International Employment Effects of a Hard Brexit, IWH-Diskussionspapier 4/2019.

Kasten 3**Zu den Konsequenzen der konjunkturellen Abkühlung für die Finanzpolitik**

Die deutsche Konjunktur hat sich seit Mitte des Jahres 2018 deutlich abgekühlt. Nach einem kräftigen Jahresauftakt 2019 deuten Frühindikatoren für die kommenden Quartale erneut auf eine verhaltene konjunkturelle Entwicklung hin. So hat die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, die im Herbst 2018 noch von einem Zuwachs des preisbereinigten Bruttoinlandsproduktes von 1,9% im Jahr 2019 ausging, ihre Prognose im Frühjahr auf 0,8% reduziert. Auch das IWH hat seine Prognose für den Zuwachs des Bruttoinlandsproduktes im laufenden Jahr von 1,4% im Dezember 2018 auf nun 0,5% reduziert. Infolge der ungünstigeren gesamtwirtschaftlichen Aussichten hat der Arbeitskreis Steuerschätzungen im Mai 2019 die Projektion der bis zum Jahr 2023 zu erwartenden Steuereinnahmen um 124,3 Mrd. Euro deutlich nach unten korrigiert. Allerdings resultiert ein erheblicher Teil der geschätzten Mindereinnahmen aus erstmals berücksichtigten Steuerrechtsänderungen. Zu nennen ist insbesondere das zum 1. Januar 2019 in Kraft getretene Familienentlastungsgesetz, welches, wie im Koalitionsvertrag vom Februar 2018 vereinbart, eine deutliche Erhöhung des Kindergeldes, des Grund- und Kinderfreibetrags sowie eine Verschiebung der Tarifeckwerte bei der Einkommensteuer beinhaltet. Anders als der Arbeitskreis Steuerschätzungen berücksichtigt sowohl die Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose als auch das IWH in der Projektion der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben bereits seit dem Frühjahr 2018 sämtliche quantifizierbaren prioritären Maßnahmen des Koalitionsvertrages. Neben den geplanten und teilweise bereits umgesetzten Steuerrechtsänderungen sind dies im Wesentlichen Maßnahmen bei den Sozialversicherungen und zusätzliche investive Ausgaben.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage nach den Konsequenzen der konjunkturellen Eintrübung für die Finanzpolitik. Bereits im Dezember 2018 hat das IWH für die Jahre 2019 und 2020 einen Rückgang des gesamtstaatlichen Finanzierungssaldos prognostiziert, der zu diesem Zeitpunkt vor allem der expansiv ausgerichteten Finanzpolitik geschuldet war. Trotz der nun erwarteten stärkeren Abschwächung der Konjunktur liegt der für die Jahre 2019 und 2020 prognostizierte gesamtstaatliche Finanzierungssaldo in der aktuellen Prognose auf ähnlichem Niveau wie im Dezember 2018. Wesentliche Ursache hierfür ist die anhaltend gute Entwicklung am Arbeitsmarkt.^{K3} Aufgrund des anhaltenden Beschäftigungsaufbaus und erneut deutlicher Lohnsteigerungen im Jahr 2019 dürften sowohl die Sozialbeiträge als auch die Einnahmen aus den beiden aufkommenstärksten Steuern, der Lohn- und der Umsatzsteuer, spürbar zunehmen, wenngleich bei der Lohnsteuer das Familienentlastungsgesetz einnahmehindernd wirkt. Schwächer als noch im IWH-Jahresausblick erwartet dürften sich die gewinnabhängigen Steuern im Prognosezeitraum entwickeln, weil die Unternehmens- und Vermögenseinkommen – nach einem leichten Rückgang im Jahr 2018 – im laufenden Jahr spürbar zurückgehen. Allerdings schlägt sich dieser Rückgang erst mit einer gewissen zeitlichen Verzögerung im Aufkommen der veranlagten Steuern nieder.^{K4} Hinzu kommt, dass der Staat – nach aktuellem Datenstand – allein im ersten Quartal 2019 bereits einen Überschuss von knapp 20 Mrd. Euro erzielt hat, insbesondere aufgrund deutlich rückläufiger Zinsausgaben.

Der Ausgabenspielraum des Bundes, der Länder und des Gesamtstaates wird durch nationale und europäische Schuldenregeln festgelegt. Diese zielen allerdings auf den strukturellen, also den um konjunkturelle Einflüsse und Einmaleffekte bereinigten Finanzierungssaldo ab. In Abschwungphasen sind konjunkturbedingte Mehrausgaben oder Mindereinnahmen zulässig. Das maßgebliche Konjunkturbereinigungsverfahren für die öffentlichen Haushalte unterstellt, dass ein konjunktureller Abschwung mit zusätzlichen arbeitsmarktbezogenen Staatsausgaben einhergeht und die Einnahmen des Staates aus Steuern und Sozialbeiträgen dämpft.

^{K3} Die Einschätzung des Ausrichtungsgrades der Finanzpolitik hat sich im Vergleich zum IWH-Jahresausblick 2019 kaum geändert.

^{K4} Vgl. Gebhardt, H.; Breidenbach, P.; Jäger, P.; van Deuverden, K.; Boysen-Hogrefe, J.; Breuer, V.; Zeddes, G. (2016): Empirische Messung der Aufkommenselastizität der veranlagten Einkommensteuer in Relation zu den Unternehmens- und Vermögenseinkommen, Forschungsprojekt fe 7/15 im Auftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Essen 2016.

Das Verfahren geht also davon aus, dass sich der gesamtstaatliche Finanzierungssaldo durch die in dieser Prognose unterstellte konjunkturelle Abkühlung verringert. Da sich aber der Arbeitsmarkt trotz der konjunkturellen Abschwächung nach vorliegender Prognose robust zeigt, fällt der Haushaltsüberschuss nicht wesentlich anders aus als schon im IWH-Jahresausblick. Dies hat zur Konsequenz, dass das Konjunkturbereinigungsverfahren für den Prognosezeitraum nun einen höheren strukturellen Finanzierungssaldo ausweist (vgl. Tabelle K3). Die finanzpolitischen Spielräume haben sich demnach sogar kurzfristig erhöht.^{K5}

Tabelle K3**Gesamtstaatliche Einnahmen, Ausgaben und Finanzierungssaldo**

	IWH-Prognose Juni 2019			IWH Jahresausblick Dezember 2018		
	2018 ^a	2019	2020	2018	2019	2020
Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %						
Einnahmen	4,8	3,0	3,5	4,8	2,7	3,4
darunter: Steuereinnahmen	4,5	2,4	3,4	4,8	2,5	3,6
Ausgaben	3,3	3,9	4,0	3,2	4,0	3,9
In Mrd. Euro						
Finanzierungssaldo	57,3	45,3	39,3	59,6	42,3	37,4
Konjunkturkomponente ^b	11,0	-5,7	-0,1	3,6	-0,5	3,9
Einmaleffekte	-3,0	-0,0	0,0	-3,0	-0,0	0,0
Struktureller Finanzierungssaldo	49,3	51,5	39,5	59,0	42,8	33,5

^a Ist-Werte. – ^b Berechnet nach dem EU-Verfahren und mit einer Budgetsemielastizität von 0,504.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH.

Auch die Schuldenbremse des Bundes erlaubt im Falle veränderter gesamtwirtschaftlicher Rahmenbedingungen eine höhere Nettokreditaufnahme. Weil der Zuwachs des nominalen Bruttoinlandsprodukts im Jahr 2019 nach vorliegender Prognose deutlich geringer ausfällt als noch im Herbst des Jahres 2018 von der Bundesregierung erwartet, erhöht sich die nach der Schuldenbremse zulässige Nettokreditaufnahme des Bundes um ungefähr 7½ Mrd. Euro.^{K6} Ausgabekürzungen sind somit auch beim Bund in der kurzen Frist nicht erforderlich. Mittelfristig bestehen jedoch, insbesondere infolge der bereits beschlossenen ‚doppelten Haltelinie‘ bei der gesetzlichen Rentenversicherung, die über zusätzliche Steuerzuschüsse finanziert werden soll, Risiken für den Bundeshaushalt. Dies gilt insbesondere ab dem Jahr 2023, weil dann die gebildete Rücklage für Ausgaben im Zusammenhang mit der Fluchtmigration aufgebraucht sein dürfte.

^{K5} Hierzu ist allerdings anzumerken, dass die derzeit gute Finanzlage des Staates den Zinersparnissen durch die günstigen Refinanzierungskonditionen insbesondere des Bundes, der trotz der konjunkturellen Eintrübung nach wie vor robusten Entwicklung des Arbeitsmarktes sowie einem demographischen Zwischenhoch geschuldet ist. Vor allem der sich für die kommenden Jahre abzeichnende demografische Wandel wird mit strukturellen Mehrausgaben einhergehen. Die rentenpolitischen Maßnahmen der Bundesregierung werden den Anstieg dieser strukturellen Mehrausgaben beschleunigen und – sofern die Abgaben nicht erhöht werden – zu einem Abbau der strukturellen Haushaltsüberschüsse führen (vgl. hierzu IWH (2018): Mittelfristprojektion des IWH: Wirtschaftsentwicklung und öffentliche Finanzen 2018 bis 2025, Konjunktur aktuell, Jg. 6 (4), 105-114).

^{K6} Vgl. hierzu auch Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Konjunktur deutlich abgekühlt – politische Risiken hoch, Gemeinschaftsdiagnose Frühjahr 2019, Halle (Saale).

In Ostdeutschland hat die Wirtschaft im Jahr 2018 mit 1,6% etwas rascher als in Gesamtdeutschland expandiert. Dafür war wie schon im Schnitt der vergangenen Jahre die starke Wachstumsdynamik in Berlin ausschlaggebend: Während das Berliner Bruttoinlandsprodukt um 3,1% zugenommen hat, betrug der Zuwachs in den ostdeutschen Flächenländern lediglich 1%. Was der ostdeutsche Konjunktur seit einiger Zeit zusätzlich Schwung gibt, ist die recht deutliche Expansion der verfügbaren Einkommen: In den Jahren 2015 bis 2017 nahmen sie um jährlich etwa einen halben Prozentpunkt schneller zu als in Gesamtdeutschland. Dazu trägt neben dem zügigen Rückgang der Arbeitslosigkeit auch der stärkere Anstieg der gesetzlichen Renten bei. Mitte 2019 werden sie im Osten um 3,9% erhöht, im Westen um 3,2%. Der deutliche Zuwachs der Haus-

haltseinkommen ist wohl der Grund dafür, dass das ifo Geschäftsklima im Einzelhandel im Osten ein Stück weit freundlicher ist als in Westdeutschland. Alles in allem dürfte die ostdeutsche Produktion im Jahr 2019 um 0,8% und damit wieder etwas stärker als in Gesamtdeutschland zulegen. Wenn nach vorliegender Prognose die deutschen Exporte im kommenden Jahr wieder stärker anziehen, werden davon allerdings westdeutsche Unternehmen mehr profitieren als ostdeutsche, denn der Auslandsabsatz spielt im Westen eine größere Rolle. Die ostdeutsche Expansionsrate dürfte deshalb im Jahr 2020 mit 1,7% etwas unter der gesamtdeutschen liegen. Die Arbeitslosenquote nach der Definition der Bundesagentur für Arbeit geht von 6,9% im Jahr 2018 auf 6,5% im Jahr 2019 und 6,3% im Jahr 2020 zurück.

Anhang⁸

Tabelle A1

Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in der Welt

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt			Verbraucherpreise			Arbeitslosenquote		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Europa	29,6	2,0	1,4	1,7	2,5	2,2	2,1			
EU 27	21,2	2,1	1,5	1,7	1,8	1,4	1,5	7,3	6,8	6,4
Großbritannien	3,8	1,4	1,5	1,4	2,5	2,1	2,1	4,1	3,9	4,0
Schweiz	0,9	2,5	1,6	1,8	0,9	0,5	0,6	4,7	4,7	4,6
Norwegen	0,6	1,4	1,4	1,9	3,0	2,2	1,9	3,8	4,0	4,0
Türkei	1,0	2,6	-0,7	3,0	16,3	16,0	12,0			
Russland	2,2	2,3	1,2	2,1	2,9	4,2	4,0			
Amerika	35,5	2,5	2,1	2,0						
USA	27,3	2,9	2,5	1,8	2,4	2,0	2,3	3,9	3,8	3,8
Kanada	2,3	1,8	1,2	1,9	2,2	1,7	1,9	5,8	5,9	5,9
Lateinamerika ¹	5,9	1,4	1,0	2,6						
Asien	34,9	5,0	4,5	4,6						
Japan	6,6	0,8	0,7	0,4	1,0	0,7	1,4	2,4	2,5	2,6
China ohne Hongkong	17,8	6,6	6,1	6,1						
Südkorea	2,2	2,7	1,6	2,5	1,5	0,8	1,5	3,9	4,0	4,0
Indien	3,6	7,1	6,4	7,0						
Ostasien ohne China ²	4,7	4,2	3,8	3,9						
Insgesamt ³	100,0	3,2	2,7	2,8						
fortgeschrittene Volkswirtschaften ⁴	66,5	2,3	1,9	1,7	1,9	1,6	1,8	4,8	4,6	4,5
Schwellenländer ⁵	33,5	5,2	4,6	5,1						
<i>nachrichtlich:</i>										
Exportgewichtet ⁶	–	2,5	1,9	2,1						
gewichtet nach Kaufkraftparitäten ⁷	–	3,8	3,2	3,4						
Welthandel ⁸	–	3,3	0,9	2,9						

¹ Gewichteter Durchschnitt aus: Brasilien, Mexiko, Argentinien, Peru, Kolumbien, Chile. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

² Gewichteter Durchschnitt aus: Indonesien, Taiwan (Provinz Chinas), Thailand, Malaysia, Singapur, Philippinen, Hongkong (Sonderverwaltungszone Chinas). Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

³ Summe der aufgeführten Ländergruppen. Gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar.

⁴ EU 27, Großbritannien, Schweiz, Norwegen, USA, Kanada, Japan, Korea, Taiwan, Hongkong, Singapur.

⁵ Russland, China ohne Hongkong, Indien, Indonesien, Thailand, Malaysia, Philippinen, Lateinamerika.

⁶ Summe der aufgeführten Länder. Gewichtet mit den Anteilen an der deutschen Ausfuhr 2018.

⁷ Kaufkraftparitäten aus: IMF, World Economic Outlook, Oktober 2018.

⁸ Realer Güterhandel. Wert für 2018 von CPB.

Quellen: IWF; OECD; CPB; Prognose des IWH.

⁸ Weitere Tabellen und Abbildungen sind im ergänzenden [Online-Anhang](#) zu finden.

Tabelle A2**Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise und Arbeitslosenquote in Europa**

	Gewicht (BIP) in %	Bruttoinlandsprodukt ¹			Verbraucherpreise ²			Arbeitslosenquote ³		
		Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %						in %		
		2018	2019	2020	2018	2019	2020	2018	2019	2020
Deutschland	25,1	1,5	0,6	1,5	1,9	1,4	1,6	3,4	3,3	3,2
Frankreich	17,4	1,6	1,3	1,3	2,1	1,2	1,3	9,1	8,7	8,6
Italien	13,0	0,7	0,1	0,6	1,3	0,9	1,0	10,6	10,2	9,8
Spanien	9,0	2,6	2,4	1,8	1,7	1,1	1,3	15,3	13,8	13,1
Niederlande	5,7	2,6	1,7	1,6	1,6	2,3	1,8	3,8	3,2	2,9
Belgien	3,3	1,4	1,2	1,4	2,3	1,7	1,6	6,0	5,7	5,5
Österreich	2,9	2,7	1,5	1,7	2,1	1,5	1,7	4,9	4,8	4,8
Irland	2,3	7,0	3,6	3,6	0,7	0,9	1,5	5,8	4,8	4,6
Finnland	1,7	2,3	1,2	1,7	1,2	1,2	1,3	7,4	6,5	6,3
Portugal	1,5	2,1	1,6	1,4	1,2	0,9	1,6	7,1	6,6	6,3
Griechenland	1,4	1,9	1,3	2,0	0,8	0,6	1,2	19,3	17,8	16,2
Slowakei	0,7	4,1	3,5	3,6	2,5	2,6	2,5	6,5	5,4	4,8
Luxemburg	0,4	2,6	2,4	2,9	2,0	1,5	1,7	5,4	5,2	5,0
Slowenien	0,3	4,6	3,1	2,7	1,9	1,4	1,6	5,1	4,3	4,3
Litauen	0,3	3,5	3,7	2,7	2,5	2,5	2,4	6,2	6,0	5,8
Lettland	0,2	5,1	2,6	2,8	2,6	2,7	2,5	7,4	7,0	6,8
Estland	0,2	3,9	3,5	2,8	3,4	2,5	2,5	5,4	4,5	4,0
Zypern	0,2	3,9	3,3	2,9	0,8	1,2	1,8	8,4	7,0	6,8
Malta	0,1	6,6	2,8	4,3	1,7	1,7	1,8	3,7	3,6	3,6
Euroraum insgesamt	85,9	1,9	1,2	1,5	1,8	1,3	1,4	8,2	7,7	7,4
Euroraum ohne Deutschland	60,7	2,1	1,4	1,5	1,7	1,3	1,3	10,0	9,3	8,9
Polen	3,7	5,2	4,2	3,3	1,2	2,1	2,5	3,9	3,2	2,7
Schweden	3,5	2,5	2,3	2,3	2,1	1,8	1,7	6,3	6,0	2,9
Dänemark	2,2	1,5	1,9	1,6	0,7	1,2	1,3	5,0	5,1	4,9
Tschechien	1,5	2,9	2,5	2,5	2,0	2,6	2,1	2,3	1,9	1,8
Rumänien	1,5	4,2	4,4	3,4	4,1	3,9	3,3	4,2	3,8	3,8
Ungarn	1,0	5,0	4,6	3,1	2,9	3,5	3,4	3,7	3,4	3,3
Bulgarien	0,4	3,3	3,5	3,1	2,6	2,7	2,5	5,2	4,4	4,2
Kroatien	0,4	2,6	3,5	2,4	1,6	1,2	1,8	8,5	7,1	6,3
MOE-Länder ⁴	10,2	4,3	3,8	3,1	2,2	2,6	2,6	4,4	3,8	3,5
EU 27 ⁵	100,0	2,1	1,5	1,7	1,8	1,4	1,5	7,3	6,8	6,4

¹ Die Zuwachsraten sind, außer für die Slowakei, um Arbeitstageeffekte bereinigt.

² Harmonisierter Verbraucherpreisindex.

³ Standardisiert.

⁴ Mittel- und osteuropäische Länder: Slowakei, Slowenien, Litauen, Lettland, Estland, Polen, Tschechien, Rumänien, Ungarn, Bulgarien, Kroatien.

⁵ Summe der aufgeführten Länder. Bruttoinlandsprodukt und Verbraucherpreise gewichtet mit dem Bruttoinlandsprodukt von 2018 in US-Dollar. Arbeitslosenquote gewichtet mit der Zahl der Erwerbspersonen von 2017.

Quellen: Eurostat; IWF; Prognose des IWH.

Tabelle A3**Finanzierungssaldo, struktureller Finanzierungssaldo und struktureller Primärsaldo des Staates**

in Mrd. Euro

	2017	2018	2019	2020
Gesamtstaatlicher Finanzierungssaldo	34,0	57,3	45,3	39,3
– Konjunkturkomponente ^a	13,7	11,0	–5,7	–0,1
= Konjunkturbereinigter Finanzierungssaldo	20,4	46,3	51,1	39,5
– Einmaleffekte ^b	–9,5	–3,0	–0,0	0,0
= Struktureller Finanzierungssaldo	29,8	49,3	51,1	39,5
+ Zinsausgaben des Staates	33,8	31,3	28,5	27,7
= Struktureller Primärsaldo	63,6	80,6	79,6	67,1
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	–0,5	16,9	–1,0	–12,4
<i>Nachrichtlich:</i>	<i>In Relation zum Produktionspotenzial in Prozent</i>			
Struktureller Finanzierungssaldo	0,9	1,5	1,5	1,1
Struktureller Primärsaldo	2,0	2,4	2,3	1,9
Veränderung des strukturellen Primärsaldos gegenüber dem Vorjahr	–0,1	0,4	–0,1	–0,4

^a Berechnet mit einer Budgetsemielastizität von 0,504. – ^b Abwicklung der HSH Nordbank, Gerichtsurteile, Bußgeldzahlungen im Zusammenhang mit manipulierten Abgaswerten.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen und Schätzungen des IWH.

Tabelle A4**Statistische Komponenten der BIP-Wachstumsrate**

in % bzw. Prozentpunkten

	2017	2018	2019	2020
statistischer Überhang ^a	0,5	0,8	0,0	0,4
Jahresverlaufsrate ^b	2,8	0,6	1,0	1,7
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderbereinigt	2,5	1,5	0,6	1,5
Kalendereffekt ^c	–0,3	0,0	0,0	0,4
jahresdurchschnittliche BIP-Rate, kalenderjährlich ^d	2,2	1,4	0,5	1,8

^a Saison- und kalenderbereinigtes reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im vierten Quartal des Vorjahres in Relation zum kalenderbereinigten Quartalsdurchschnitt des Vorjahres. – ^b Jahresveränderungsrate im vierten Quartal, saison- und kalenderbereinigt. – ^c In % des realen BIP. – ^d Abweichungen in der Summe rundungsbedingt.

Quellen: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des IWH; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A5
Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2018
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 054,0	2 075,6	328,0	650,4	–
2	– Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 453,9	1 732,2	252,5	469,2	–229,2
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 745,1	1 251,6	256,0	237,5	15,0
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,1	13,4	0,2	9,5	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	27,2	25,4	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	712,9	492,6	–3,4	223,8	–244,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 746,1	–	–	1 746,1	14,0
9	– geleistete Subventionen	29,3	–	29,3	–	5,5
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	355,8	–	355,8	–	7,0
11	– geleistete Vermögenseinkommen	704,5	650,9	31,3	22,4	180,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	777,5	350,6	18,4	408,5	107,5
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 858,4	192,3	310,1	2 356,0	–301,6
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	435,3	96,4	–	338,8	10,5
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	445,3	–	445,3	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	699,8	–	–	699,8	4,7
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	701,4	129,0	571,6	0,8	3,0
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	586,9	66,0	520,1	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	579,6	–	–	579,6	7,7
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	334,7	171,7	83,1	79,9	53,0
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	286,6	149,1	24,8	112,8	101,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	136,2	748,6	1 930,0	–258,0
23	– Konsumausgaben	2 437,1	–	661,2	1 775,9	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,8	–	52,8	–
25	= Sparen	377,6	83,4	87,4	206,9	–258,0
26	– geleistete Vermögenstransfers	69,8	18,3	41,2	10,4	3,9
27	+ empfangene Vermögenstransfers	61,1	28,5	13,0	19,6	12,6
28	– Bruttoinvestitionen	719,7	419,8	78,6	221,3	–
29	+ Abschreibungen	600,0	343,4	75,4	181,2	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–1,7	–1,2	–1,3	0,8	1,7
31	= Finanzierungssaldo	251,0	18,4	57,3	175,2	–251,0
	<i>nachrichtlich:</i>	–	–	–	–	–
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 814,8	136,2	748,6	1 930,0	–258,0
33	– geleistete soziale Sachtransfers	429,4	–	429,4	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	429,4	–	–	429,4	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 814,8	136,2	319,2	2 359,4	–258,0
36	– Konsum ³	2 437,1	–	231,8	2 205,4	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–52,8	–	52,8	–
38	= Sparen	377,6	83,4	87,4	206,9	–258,0

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2019
in Mrd. Euro

		gesamte Volkswirtschaft	Kapitalgesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 139,2	2 116,9	342,3	680,0	–
2	– Abschreibungen	629,6	359,5	79,8	190,3	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 509,6	1 757,4	262,5	489,7	–218,6
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 821,0	1 307,2	265,8	248,0	16,6
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,7	13,8	0,2	9,7	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	27,7	25,9	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	692,6	462,3	–3,3	233,5	–235,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 822,7	–	–	1 822,7	14,9
9	– geleistete Subventionen	30,1	–	30,1	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	363,5	–	363,5	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	678,8	629,2	28,5	21,1	181,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	753,3	337,8	18,9	396,7	107,0
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	2 923,1	170,9	320,5	2 431,8	–293,1
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	446,1	91,3	–	354,8	11,2
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	456,8	–	456,8	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	726,4	–	–	726,4	4,8
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	728,1	131,9	595,4	0,8	3,2
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	613,0	66,5	545,6	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	605,6	–	–	605,6	7,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	337,1	166,1	89,5	81,5	55,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	290,4	152,0	22,9	115,6	102,5
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 881,4	130,8	760,4	1 990,2	–251,3
23	– Konsumausgaben	2 518,5	–	688,1	1 830,3	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,6	–	53,6	–
25	= Sparen	362,9	77,2	72,2	213,5	–251,3
26	– geleistete Vermögenstransfers	76,2	30,2	35,8	10,2	4,2
27	+ empfangene Vermögenstransfers	66,8	35,8	12,0	18,9	13,7
28	– Bruttoinvestitionen	741,2	417,8	84,2	239,1	–
29	+ Abschreibungen	629,6	359,5	79,8	190,3	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,3	–1,6	–1,3	0,7	2,3
31	= Finanzierungssaldo	244,2	26,1	45,3	172,7	–244,2
	<i>nachrichtlich:</i>	–	–	–	–	–
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 881,4	130,8	760,4	1 990,2	–251,3
33	– geleistete soziale Sachtransfers	447,5	–	447,5	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	447,5	–	–	447,5	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 881,4	130,8	312,9	2 437,6	–251,3
36	– Konsum ³	2 518,5	–	240,7	2 277,8	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–53,6	–	53,6	–
38	= Sparen	362,9	77,2	72,2	213,5	–251,3

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

noch: Hauptaggregate der Sektoren
Jahresergebnisse 2020
in Mrd. Euro

		gesamte Volks- wirtschaft	Kapital- gesellschaften	Staat	priv. Haushalte und priv. Org. o.E.	übrige Welt
1	= Bruttowertschöpfung	3 253,2	2 187,5	356,9	708,8	–
2	– Abschreibungen	660,6	376,3	84,5	199,8	–
3	= Nettowertschöpfung ¹	2 592,6	1 811,3	272,4	508,9	–220,5
4	– geleistete Arbeitnehmerentgelte	1 894,0	1 360,2	275,6	258,1	17,5
5	– geleistete sonstige Produktionsabgaben	23,8	13,8	0,2	9,8	–
6	+ empfangene sonstige Subventionen	28,2	26,4	0,2	1,6	–
7	= Betriebsüberschuss/Selbstständigeneinkommen	703,1	463,6	–3,3	242,7	–238,1
8	+ empfangene Arbeitnehmerentgelte	1 895,7	–	–	1 895,7	15,9
9	– geleistete Subventionen	30,8	–	30,8	–	5,4
10	+ empfangene Produktions- und Importabgaben	374,7	–	374,7	–	7,1
11	– geleistete Vermögenseinkommen	675,9	628,2	27,7	20,1	182,5
12	+ empfangene Vermögenseinkommen	753,2	339,4	18,7	395,1	105,2
13	= Primäreinkommen (Nettonationaleinkommen)	3 019,9	1 74,9	331,6	2 513,4	–297,8
14	– geleistete Einkommen- und Vermögensteuern	462,0	91,5	–	370,5	11,7
15	+ empfangene Einkommen- und Vermögensteuern	473,2	–	473,2	–	0,5
16	– geleistete Nettosozialbeiträge ²	753,8	–	–	753,8	5,0
17	+ empfangene Nettosozialbeiträge ²	755,5	135,4	619,2	0,8	3,3
18	– geleistete monetäre Sozialleistungen	634,4	66,9	566,6	0,8	0,5
19	+ empfangene monetäre Sozialleistungen	627,0	–	–	627,0	7,9
20	– geleistete sonstige laufende Transfers	340,0	161,9	95,4	82,7	56,8
21	+ empfangene sonstige laufende Transfers	294,8	153,0	23,5	118,3	102,0
22	= verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 980,1	143,0	785,4	2 051,7	–258,1
23	– Konsumausgaben	2 605,1	–	717,7	1 887,4	–
24	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,2	–	54,2	–
25	= Sparen	375,0	88,8	67,7	218,5	–258,1
26	– geleistete Vermögenstransfers	79,5	32,1	37,0	10,4	4,6
27	+ empfangene Vermögenstransfers	69,6	37,7	12,3	19,7	14,5
28	– Bruttoinvestitionen	777,5	432,2	89,4	255,9	–
29	+ Abschreibungen	660,6	376,3	84,5	199,8	–
30	– Nettozugang an nicht produzierten Vermögensgütern	–2,3	–1,5	–1,3	0,5	2,3
31	= Finanzierungssaldo	250,5	40,0	39,3	171,2	–250,5
	<i>nachrichtlich:</i>	–	–	–	–	–
32	verfügbares Einkommen (Ausgabenkonzept)	2 980,1	143,0	785,4	2 051,7	–258,1
33	– geleistete soziale Sachtransfers	465,1	–	465,1	–	–
34	+ empfangene soziale Sachtransfers	465,1	–	–	465,1	–
35	= verfügbares Einkommen (Verbrauchskonzept)	2 980,1	143,0	320,2	2 516,9	–258,1
36	– Konsum ³	2 605,1	–	252,6	2 352,6	–
37	+ Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	–	–54,2	–	54,2	–
38	= Sparen	375,0	88,8	67,7	218,5	–258,1

¹ Für den Sektor übrige Welt Importe abzüglich Exporte aus der bzw. an die übrige Welt.

² Einschließlich Sozialbeiträge aus Kapitalerträgen abzüglich Dienstleistungsentgelt privater Sozialschutzsysteme.

³ Für den Sektor Staat Kollektivkonsum, für den Sektor private Haushalte, private Organisationen o. E. Individualkonsum (einschl. Konsumausgaben des Staates für den Individualverbrauch, d. h. einschließlich sozialer Sachleistungen).

Quellen: Statistisches Bundesamt; 2019 und 2020: Prognose des IWH.

Tabelle A6

VGR-Tabellen

Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 und 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.
1. Entstehung des Inlandsprodukts							
Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Erwerbstätige	1,3	0,9	0,7	1,0	0,9	0,7	0,8
Arbeitsvolumen	1,4	0,7	0,8	0,9	0,5	0,5	1,1
Arbeitsstunden je Erwerbstätige	0,1	-0,2	0,1	-0,1	-0,3	-0,2	0,4
Produktivität ¹	0,0	-0,2	1,0	-0,8	0,4	0,9	1,1
Bruttoinlandsprodukt, preisbereinigt	1,4	0,5	1,8	0,2	0,9	1,4	2,3
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 437,1	2 518,5	2 605,1	1 230,8	1 287,7	1 273,6	1 331,5
private Haushalte ²	1 775,9	1 830,3	1 887,4	897,3	933,0	925,6	961,8
Staat	661,2	688,1	717,7	333,4	354,7	348,0	369,7
Anlageinvestitionen	703,4	745,1	782,5	358,0	387,2	375,1	407,4
Ausrüstungen	225,7	232,3	239,3	110,6	121,7	113,4	125,9
Bauten	350,6	382,0	408,3	183,6	198,3	195,9	212,4
sonstige Anlageinvestitionen	127,1	130,9	134,9	63,7	67,2	65,8	69,1
Vorratsveränderung ³	16,3	-4,0	-5,0	4,1	-8,1	4,1	-9,1
inländische Verwendung	3 156,8	3 259,6	3 382,6	1 592,8	1 666,8	1 652,8	1 729,8
Außenbeitrag	229,2	218,6	220,5	118,4	100,2	115,4	105,2
Exporte	1 590,2	1 645,5	1 748,2	810,8	834,7	853,9	894,3
Importe	1 361,0	1 426,9	1 527,7	692,4	734,5	738,5	789,2
Bruttoinlandsprodukt	3 386,0	3 478,2	3 603,2	1 711,2	1 767,0	1 768,2	1 835,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	2,8	3,3	3,4	3,1	3,5	3,5	3,4
private Haushalte ²	2,5	3,1	3,1	2,8	3,3	3,1	3,1
Staat	3,5	4,1	4,3	4,0	4,1	4,4	4,2
Anlageinvestitionen	5,7	5,9	5,0	5,9	6,0	4,8	5,2
Ausrüstungen	4,9	2,9	3,0	2,5	3,4	2,5	3,4
Bauten	7,3	8,9	6,9	9,2	8,7	6,7	7,1
sonstige Anlageinvestitionen	2,6	2,9	3,1	2,8	3,0	3,2	2,9
Inländische Verwendung	4,2	3,3	3,8	3,4	3,1	3,8	3,8
Exporte	3,1	3,5	6,2	2,4	4,5	5,3	7,1
Importe	5,2	4,8	7,1	4,8	4,9	6,7	7,4
Bruttoinlandsprodukt	3,3	2,7	3,6	2,4	3,1	3,3	3,9
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Außenbeitrag	6,8	6,3	6,1	6,9	5,7	6,5	5,7
a) Mrd. EUR							
Konsumausgaben	2 181,3	2 216,7	2 256,6	1 091,4	1 125,3	1 110,3	1 146,3
private Haushalte ²	1 612,2	1 639,2	1 667,3	806,7	832,4	819,8	847,5
Staat	568,6	577,1	588,8	284,4	292,7	290,2	298,6
Anlageinvestitionen	608,4	625,2	640,4	301,9	323,3	308,1	332,3
Ausrüstungen	216,4	221,1	226,5	105,0	116,0	107,0	119,5
Bauten	280,8	292,2	300,3	142,0	150,3	145,2	155,1
sonstige Anlageinvestitionen	112,1	112,3	113,9	54,9	57,5	55,7	58,2
inländische Verwendung	2 785,5	2 819,9	2 874,5	1 392,6	1 427,3	1 417,0	1 457,5
Exporte	1 486,8	1 520,9	1 598,8	751,3	769,6	783,1	815,8
Importe	1 299,9	1 354,8	1 433,7	658,7	696,0	694,7	739,0
Bruttoinlandsprodukt	2 974,3	2 990,2	3 045,4	1 486,4	1 503,8	1 507,4	1 538,0
b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr							
Konsumausgaben	1,1	1,6	1,8	1,4	1,9	1,7	1,9
private Haushalte ²	1,1	1,7	1,7	1,4	2,0	1,6	1,8
Staat	1,0	1,5	2,0	1,3	1,6	2,0	2,0
Anlageinvestitionen	2,6	2,8	2,4	2,6	2,9	2,1	2,8
Ausrüstungen	4,2	2,2	2,5	1,6	2,8	1,9	3,0
Bauten	2,4	4,1	2,8	4,1	4,0	2,3	3,2
sonstige Anlageinvestitionen	0,4	0,2	1,4	0,0	0,4	1,6	1,3
inländische Verwendung	1,9	1,2	1,9	1,3	1,2	1,8	2,1
Exporte	2,0	2,3	5,1	0,9	3,7	4,2	6,0
Importe	3,3	4,2	5,8	3,7	4,7	5,5	6,2
Bruttoinlandsprodukt	1,4	0,5	1,8	0,2	0,9	1,4	2,3

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 und 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

4. Preisniveau der Verwendungsseite des Inlandsprodukts (2010=100)

Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

private Konsumausgaben ²	1,4	1,4	1,4	1,4	1,3	1,5	1,3
Konsumausgaben des Staates	2,5	2,5	2,2	2,7	2,4	2,3	2,1
Anlageinvestitionen	2,9	3,1	2,5	3,2	2,9	2,7	2,4
Ausrüstungen	0,6	0,7	0,5	0,9	0,6	0,6	0,5
Bauten	4,8	4,7	4,0	4,9	4,5	4,3	3,8
Exporte	1,1	1,2	1,1	1,5	0,9	1,0	1,1
Importe	1,8	0,6	1,2	1,1	0,2	1,1	1,2
Bruttoinlandsprodukt	1,9	2,2	1,7	2,2	2,2	1,9	1,5

5. Einkommensentstehung und -verteilung

a) Mrd. EUR

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	2356,0	2431,8	2513,4	1202,9	1228,8	1241,9	1271,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	313,3	330,3	343,6	159,7	170,6	165,9	177,7
Bruttolöhne und -gehälter	1432,8	1492,3	1552,1	712,0	780,3	739,6	812,4
übrige Primäreinkommen ⁴	610,0	609,1	617,7	331,2	277,9	336,4	281,4
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	502,4	491,4	506,5	222,9	268,5	226,4	280,1
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	2858,4	2923,1	3019,9	1425,8	1497,3	1468,3	1551,6
Abschreibungen	600,0	629,6	660,6	311,4	318,2	326,7	333,8
Bruttonationaleinkommen	3458,5	3552,7	3680,4	1737,2	1815,5	1795,0	1885,4
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	2532,0	2589,8	2676,0	1259,3	1330,5	1296,6	1379,4
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	785,9	767,1	780,3	387,6	379,5	391,0	389,3
Arbeitnehmerentgelt	1746,1	1822,7	1895,7	871,7	950,9	905,6	990,1

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Primäreinkommen der privaten Haushalte ²	3,8	3,2	3,4	3,2	3,3	3,2	3,5
Sozialbeiträge der Arbeitgeber	3,7	5,4	4,0	5,4	5,5	3,9	4,1
Bruttolöhne und -gehälter	4,8	4,2	4,0	4,3	4,0	3,9	4,1
Bruttolöhne und -gehälter je Beschäftigten	3,2	2,9	3,1	3,0	2,9	3,0	3,1
übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	-0,1	1,4	-0,2	-0,1	1,6	1,3
Primäreinkommen der übrigen Sektoren	-0,2	-2,2	3,1	-5,0	0,2	1,6	4,3
Nettonationaleinkommen (Primäreinkommen)	3,1	2,3	3,3	1,8	2,7	3,0	3,6
Abschreibungen	4,7	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9	4,9
Bruttonationaleinkommen	3,4	2,7	3,6	2,4	3,1	3,3	3,9
<i>nachrichtlich:</i>							
Volkseinkommen	3,1	2,3	3,3	1,8	2,7	3,0	3,7
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	-0,2	-2,4	1,7	-3,8	-0,9	0,9	2,6
Arbeitnehmerentgelt	4,6	4,4	4,0	4,5	4,3	3,9	4,1

6. Einkommen und Einkommensverwendung der privaten Haushalte²

a) Mrd. EUR

Masseneinkommen	1400,3	1463,4	1519,0	704,1	759,3	730,3	788,7
Nettolöhne und -gehälter	945,4	988,1	1027,0	466,2	521,9	483,8	543,2
monetäre Sozialleistungen	579,6	605,6	627,0	302,6	303,0	313,7	313,2
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	124,7	130,3	134,9	64,8	65,5	67,2	67,8
übrige Primäreinkommen ⁴	610,0	609,1	617,7	331,2	277,9	336,4	281,4
sonstige Transfers (Saldo) ⁵	-80,3	-82,3	-85,0	-41,5	-40,8	-42,2	-42,8
Verfügbares Einkommen	1930,0	1990,2	2051,7	993,8	996,4	1024,5	1027,3
Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche	52,8	53,6	54,2	26,5	27,2	26,7	27,4
Konsumausgaben	1775,9	1830,3	1887,4	897,3	933,0	925,6	961,8
Sparen	206,9	213,5	218,5	122,9	90,6	125,6	92,9
Sparquote (%) ⁶	10,4	10,4	10,4	12,0	8,8	11,9	8,8

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Masseneinkommen	3,9	4,5	3,8	4,6	4,4	3,7	3,9
Nettolöhne und -gehälter	4,7	4,5	3,9	4,6	4,4	3,8	4,1
monetäre Sozialleistungen	2,6	4,5	3,5	4,6	4,4	3,7	3,4
abz. Abgaben auf soziale Leistungen, verbrauchsnahe Steuern	3,6	4,5	3,5	4,6	4,4	3,7	3,4
übrige Primäreinkommen ⁴	1,5	-0,1	1,4	-0,2	-0,1	1,6	1,3
Verfügbares Einkommen	3,2	3,1	3,1	3,2	3,0	3,1	3,1
Konsumausgaben	2,5	3,1	3,1	2,8	3,3	3,1	3,1
Sparen	9,0	3,2	2,3	6,0	-0,5	2,2	2,5

noch: Die wichtigsten Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung für Deutschland

Vorausschätzung für die Jahre 2019 und 2020

	2018	2019	2020	2019		2020	
				1.Hj.	2.Hj.	1.Hj.	2.Hj.

7. Einnahmen und Ausgaben des Staates⁷

a) Mrd. EUR

Einnahmen							
Steuern	801,0	820,3	847,9	413,3	406,9	426,7	421,1
Nettosozialbeiträge	571,6	595,4	619,2	288,5	306,8	299,6	319,6
Vermögenseinkommen	18,4	18,9	18,7	11,9	6,9	11,8	6,8
sonstige Transfers	24,8	22,9	23,5	10,7	12,2	11,0	12,5
Vermögenstransfers	13,0	12,0	12,3	5,4	6,6	5,5	6,7
Verkäufe	115,9	121,4	124,7	56,9	64,5	58,4	66,3
sonstige Subventionen	0,2	0,2	0,2	0,1	0,1	0,1	0,1
Insgesamt	1544,9	1590,9	1646,3	786,8	804,0	813,2	833,1
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	449,3	467,4	485,7	224,6	242,8	233,6	252,1
Arbeitnehmerentgelt	256,0	265,8	275,6	127,8	138,0	132,5	143,1
Vermögenseinkommen (Zinsen)	31,3	28,5	27,7	14,1	14,4	13,6	14,1
Subventionen	29,3	30,1	30,8	14,2	15,9	14,5	16,3
monetäre Sozialleistungen	520,1	545,6	566,6	272,8	272,9	283,7	282,9
sonstige laufende Transfers	83,1	89,5	95,4	43,9	45,6	46,9	48,6
Vermögenstransfers	41,2	35,8	37,0	12,7	23,1	13,2	23,8
Bruttoinvestitionen	78,6	84,2	89,4	36,1	48,1	38,3	51,2
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-1,3	-1,3	-1,3	-0,6	-0,7	-0,6	-0,7
Insgesamt	1487,6	1545,5	1607,0	745,6	800,0	775,6	831,4
Finanzierungssaldo	57,3	45,3	39,3	41,3	4,1	37,6	1,7

b) Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr

Einnahmen							
Steuern	4,5	2,4	3,4	2,2	2,6	3,2	3,5
Nettosozialbeiträge	4,2	4,2	4,0	4,3	4,0	3,9	4,1
Vermögenseinkommen	15,6	2,6	-1,1	4,6	-0,6	-0,7	-1,6
sonstige Transfers	13,8	-7,8	2,8	-7,8	-7,8	3,0	2,6
Vermögenstransfers	27,2	-7,5	2,3	-1,5	-11,9	1,7	2,8
Verkäufe	4,6	4,7	2,7	4,6	4,8	2,7	2,8
sonstige Subventionen	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	4,8	3,0	3,5	3,0	3,0	3,4	3,6
Ausgaben							
Vorleistungen ⁸	3,3	4,0	3,9	4,0	4,1	4,0	3,9
Arbeitnehmerentgelt	3,7	3,8	3,7	3,8	3,9	3,7	3,7
Vermögenseinkommen (Zinsen)	-7,4	-9,1	-2,7	-12,0	-6,1	-3,5	-1,9
Subventionen	3,4	2,7	2,3	3,3	2,2	2,4	2,2
monetäre Sozialleistungen	2,8	4,9	3,8	5,0	4,8	4,0	3,7
sonstige laufende Transfers	10,4	7,7	6,6	8,1	7,4	6,8	6,5
Vermögenstransfers	-6,3	-13,0	3,4	-3,8	-17,4	3,6	3,4
Bruttoinvestitionen	8,5	7,1	6,1	6,2	7,9	5,9	6,3
Nettozugang an nichtprod. Vermögensgütern	-	-	-	-	-	-	-
Insgesamt	3,3	3,9	4,0	4,1	3,7	4,0	3,9
<i>nachrichtlich in % in Relation zum nominalen BIP:</i>							
Finanzierungssaldo des Staates	1,7	1,3	1,1	2,4	0,2	2,1	0,1

¹ Preisbereinigtes Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde.² Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck.³ Einschließlich Nettozugang an Wertsachen.⁴ Selbstständigeneinkommen/Betriebsüberschuss sowie empfangene abzüglich geleistete Vermögenseinkommen.⁵ Empfangene abzüglich geleistete sonstige Transfers.⁶ Sparen in % des verfügbaren Einkommens (einschließlich der Zunahme betrieblicher Versorgungsansprüche).⁷ Gebietskörperschaften und Sozialversicherung.⁸ Einschließlich sozialer Sachleistungen und sonstiger Produktionsabgaben.

Quellen: Statistisches Bundesamt (Fachserie 18: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen); Berechnungen des IWH; ab 2019: Prognose des IWH.



Impressum

Herausgeber:

Professor Reint E. Gropp, Ph.D.
Professor Dr. Oliver Holtemöller
Professor Michael Koetter, Ph.D.
Professor Dr. Steffen Müller

Redaktion:

Stefanie Müller, M. A.
Layout und Satz: Franziska Exß
Tel +49 345 7753 720
Fax +49 345 7753 718
E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

Verlag:

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle
Kleine Märkerstraße 8, D-06108 Halle (Saale)
Postfach: 110361, D-06017 Halle (Saale)

Tel +49 345 7753 60, Fax +49 345 7753 820
www.iwh-halle.de

Erscheinungsweise: 4 Ausgaben jährlich

Nachdruck nur mit Quellenangabe gestattet,
Beleg erbeten.

Titelbild: © Kenny Luo, www.unsplash.com

Konjunktur aktuell, 7. Jahrgang

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 13. Juni 2019

ISSN 2195-8319